

Resolutionsmuster zu Widersetzen

Adressiert an: Die Mitgliedsfachschaften [der Bundesfachschaftentagung] (o.ä. Strukturen dort, wo es keine Fachschaften gibt), das Aktionsbündnis Widersetzen

Wir erklären unsere Absicht, dem Faschismus gemeinsam den Raum zu nehmen.

Wir stellen fest, dass die AfD aktiv erklärt, Verfasste Studierendenschaften einzuschränken und abzuschaffen.[1][2][3] Sie bedroht damit direkt unsere Arbeit als Fachschaften.

Wir solidarisieren uns mit dem zivilgesellschaftlichen Aktionsbündnis Widersetzen.[4]

Wir fordern unsere Mitgliedsfachschaften auf, sich ebenfalls mit diesem Bündnis zu solidarisieren, mit dessen lokalen Initiativen Kontakt aufzunehmen, oder sich darüber hinaus der Absichtserklärung dieses Bündnisses anzuschließen:

"Wir erklären unsere Absicht, uns lokal zusammenzuschließen und gemeinsam zu den Protesten gegen den nächsten Bundesparteitag der AfD zu organisieren und zu mobilisieren, mit dem Ziel, ihn mittels Aktionen des Zivilen Ungehorsams zu verhindern.

Wir erklären unsere Absicht, uns selbst und andere Bündnispartner*innen auf das Widersetzen vorzubereiten. Wir führen Aktionstrainings durch, bilden Bezugsgruppen, schaffen Schutzstrukturen und sichern füreinander die Nachsorge und Nachbereitung nach Aktionen."[5]

Wir empfehlen hierzu ebenfalls, sich mit lokalen Gruppen von Studis gegen Rechts zu vernetzen, die beim Aufbau dieser Angebote unterstützen können.

Quellen:

[1] vgl. Landtag von Thüringen Drucksache 7/6470

[2] vgl. Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 16/2967

[3] vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt Drucksache 7/3844

[4] <https://widersetzen.com/>

[5] <https://widersetzen.com/wp-content/uploads/2024/09/Absichtserklaerung-widersetzen.pdf>

Begründung

Die AfD ist eine im Kern faschistische Partei, die erste seit der Zeit des Nationalsozialismus, die Wahlen gewinnt.

Und ihr Wähler*innenpotenzial steigt aktuell rapide weiter.

[Die Bundesfachschaftentagung] muss sich dieser Gefahr für die Demokratie, die Sicherheit aller in Deutschland lebenden Menschen, und auch sich selbst bewusst sein, und gemeinsam mit [ihren] Mitgliedsfachschaften entsprechend handeln. Das Widersetzen-Bündnis bietet eine Möglichkeit hierzu.

FAQ zur Reso

Sind solche Blockaden denn legal? Parteitage sind zwar vom Parteiengesetz geschützt, aber, insbesondere friedlicher, Ziviler Ungehorsam wie dieser ist von Artikel 20, Absatz 4, des Grundgesetzes explizit erlaubt.

(Fehlendes) allgemeinpolitisches Mandat: Der Hochschulpolitische Bezug einer Resolution ist in einigen BuFaTen ein viel diskutierter Punkt. Die in Satz 2 zitierten Versuche der AfD, uns Studierendenschaften direkt anzugreifen, kann von einer BuFaTa oder einer Fachschaft als Begründung genommen werden, dass der Hochschulpolitische Bezug vorhanden ist, wenn sie dies möchte.

Rechtliche Unsicherheit für die BuFaTa als Organ:

- Der Aufruf zum zivilen Ungehorsam steht nicht direkt in dieser Resolution. Dies genügt, damit der BuFaTa (oder damit verknüpften e.V.) keine legalen Konsequenzen gezogen werden können.
- Die Adressiertenliste ist ebenfalls absichtlich sehr kurz gewählt. Etwas unüblich für Resolutionen, sind hier keine Regierungen, Fraktionen, Ministerien, Universitäten, o.Ä. aufgeführt. Dies hat zur Folge, dass die Resolution nicht in Lobbyverzeichnissen aufgeführt würde, sollte sie verschickt werden.

Unsicherheit für die Repräsentierenden der BuFaTa: Sollte sich doch jemand denken, dass sie auf eine solche Resolution reagieren wollen, wären die auf Webseiten der BuFaTa aufgeführten Mitglieder (etwa von Ausschüssen, einem e.V., oder sonstiger Exekutivorgane) potentiell die ersten, die eine Klage oder ähnliche Repressionen erreichen. Es empfiehlt sich, zuallermindest der Höflichkeit halber, diese Mitglieder darauf anzusprechen, und zu erfragen, ob sie persönlich mit dem Beschluss der Resolution unter diesem Gesichtspunkt einverstanden wären.

Um die Sorge zumindest ein bisschen zu Dämpfen: Bisher hat es gegen Organisierende der Widersetzen-Bewegung keine solchen Vorgänge gegeben.

Was, wenn meine BuFaTa gar keine Resos in der Form beschließt? Auch Resolutionen sind für Fachschaften nicht bindend. Wenn eure BuFaTa sich dazu in der Lage fühlt, ist ein formloser Aufruf an eure Mitgliedsfachschaften ähnlich dieses Musters mindestens genauso erwünscht und hilfreich beim politischen Kampf gegen die AfD.